



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

μ.: Aus dem Elsaß : Stadterweiterung. - Option.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Umkreise um die Stadt bei den Familienausflügen zu herrschen pflegt. Aber Paris bleibt dahinter um gar nichts zurück. Man wandere an einem schönen Sonntagsnachmittag durch die Wälder von Meudon, Sevres, St. Cloud: überall dieselben munteren Gruppen, dieselben harmlosen Spiele, ja sogar Lieder, die, wenn sie auch selbstverständlich nicht die unfrigen sind, doch dem „echten deutschen Volksliede“ wenigstens in der Melodie so ähnlich sehen, wie ein Ei dem andern. Ein höchst eigenthümlicher Unterschied springt dem beobachtenden Wanderer jedoch sofort ins Auge, die Thatsache nämlich, daß die Pariser Sonntagsausflügler eine ungemaine Vorliebe für Lectüre haben. Ueberall sieht man auf den Rasen hingestreckte Gestalten in irgend etwas Lesbares vertieft. Nicht selten begegnet man zahlreichen Familien, deren Angehörige jeder mit mindestens einem oder zwei Büchern bewaffnet sind. Namentlich die Damen, die alten wie die jungen, entwickeln einen erstaunlichen Eifer im Verschlingen der „geistigen Nahrung“. Um den Werth dieser eigenthümlichen Sorte von Naturgenuß zu würdigen, müßte man vor Allem wissen, welcher Art die Lectüre ist. Da ich es nicht weiß, so enthalte ich mich jedes weiteren Urtheils und constative nur, daß die Passion der jugendlichen Berlinerinnen bei den Sonntagsnachmittagsausflügen darin besteht, ihre Talente in der Zubereitung des Mokkas zu zeigen, weshalb denn auch der Wanderer in der romantischen Umgegend unserer Reichshauptstadt jeden Augenblick der traulichen Inchrift begegnet: „Hier können Familien Kaffee kochen.“ Der Leser mag nun selbst entscheiden, ob er sich mehr für die Pariserinnen oder für die Berlinerinnen begeistern will.

Aus dem Elsaß.

Stadterweiterung. — Option.

Stadterweiterung und kein Ende! Das ist gegenwärtig die große locale, man möchte fast sagen, all-elsässische Tagesfrage. Reichstag, Bezirkstag, Presse, Clubs, Wirthshauspolitiker — Alles und Jedes spricht von der Stadterweiterung, nimmt Partei für oder gegen, lobt zum Theil die Maßnahmen der deutschen Verwaltung in dieser Hinsicht, verspricht sich Wunderdinge von der Verlegung der Festungswälle, prophezeit daraus dem Straßburger Handel und Wandel eine goldene Zukunft — und meint denn doch am Ende mit altkluger Miene: „Wenn's halt nur nit so viel koschten thät!“ Das sind die spießbürgerlichen Philister, deren Straßburg ebenso zahlreiche und ebenso dickhäutige in seinen Mauern beherbergt, wie die weiland übrigen deutschen Reichsstädte. Das sind jene superklugen Leutchen, wie man sie allerorts findet, die wohl über die Massen gern eine Vergrößerung und Verherrlichung ihrer vaterstädtischen Scholle durch öffentliche Bauten und Anlagen mannichfachster Art sehen möchten, wenn nur ihr Geldbeutel dabei eventuell nicht in Mitleidenschaft gezogen würde. Bei den Straßburgern dieser Kategorie spielt allerdings im vorliegenden Falle selbstverständlich noch ein Factor mit, der dabei vernünftiger Weise eigentlich gar nichts zu sagen haben sollte, nämlich die Politik und immer wieder die leidige Politik d. h. wie jene Bierphilister sie verstehen. Sie benutzen eben jede Gelegenheit, um zu protestiren,

wenn dieser Protest auch auf seinen Gegenstand paßt, wie die Faust aufs Auge. Das Protestiren ist ihnen gewissermaßen zur zweiten Natur geworden, und da es augenblicklich im Reichslande an einem Organ fehlt, das unter allen Umständen bereit wäre, sich zum Echo ihrer Protestseufzer zu machen, so senden sie dieselben über den Rhein, in die — Frankfurter Zeitung, der natürlich das Herz im Leibe lacht, wenn sie ab und zu ihre Leser mit einem fulminanten Protestartikeln aus den Reichslanden überraschen kann. Der Chef dieses Blattes hat sich bekanntlich auch in der Reichstagsstizung vom 7. Februar zum Sprecher jener Protestler gemacht. Er meinte, die Stadterweiterung sei allzu bedeutend und umfangreich, zumal dieselbe nach einer Seite hin geschehen solle, welche zu den ungesundesten Vierteln Straßburgs gehöre. Außerdem sei dabei eine Entwerthung des Terrains zu befürchten. Und dann dürfe man doch auch einen derartigen Vertrag den Straßburgern nicht wider ihren Willen aufdrängen, zumal es sich um 17 Millionen Mark handele — siebenzehn Millionen, Wehe! Gewalt geschrien! Genauere Erörterungen und Commentare zu diesen Erwägungen, die, man braucht es kaum zu sagen, schief sind von A bis Z und gar keiner Widerlegung bedürfen, siehe in Sonnemann's und der übrigen Protestkandidaten Organ in Frankfurt a./M. Secundirt wurde dem höchst ehrenwerthen Abgeordneten in diesen völlig unbewiesenen Hypothesen im Reichstag vom Centrum und hier von einer Hand voll Leute, die nun einmal die „Unversöhnlichen à tout prix“ spielen wollen. Wie gering die Zahl derselben ist, mögen Sie aus einer Notiz der „Karlsruher Zeitung“ ersehen, wonach eine Versammlung der „Anti-Stadterweiterungs-Liga“ von 25, sage von fünfundzwanzig Personen besucht wurde. Es war dies jedoch kein feierliches Meeting, sondern, wie das „Elsässer Journal“ berichtigend bemerkt, eine einfache „Privatunterhaltung“ von Unterzeichnern der frühern Petition für die Hinausschiebung der Festungswälle, dieses „erstickenen Steinpanzers“ der Stadt Straßburg, die aber eben wegen der Kostenfrage etwas aus dem Häuschen gerathen waren. Die Sache hat also nicht viel auf sich und ist nicht dazu geeignet, gegen den vorliegenden Plan irgendwie ausgebeutet werden zu können.

Doch haben die Gegner dem „Elsässer Journal“, das in allen Perioden energisch für die Durchführung des schon Jahrzehnte alten Plans, der nur bei der Neuordnung der Dinge von der deutschen Regierung frisch angegriffen wurde, eingetreten und sich auch zum Schluß durch die 17 Millionen nicht hatbeirren lassen, zum Vorwurf gemacht, es habe die Bevölkerung nicht genügend auf die Frage vorbereitet. Dem gegenüber macht das Blatt mit vollem Rechte auf die zahlreichen Leitartikel aufmerksam, die es diesem Gegenstand seit Beginn der 70er Jahre gewidmet und die es vor kurzem noch einmal recht übersichtlich recapitulirt hat. Umgekehrt hat sich dieses Organ unzweifelhaft ein Verdienst um seine Landsleute erworben, daß es die die Stadterweiterung betreffenden Actenstücke aus einer kürzlich darüber erschienenen Broschüre von den ersten Vorbereitungsstadien dieser Frage — den Vorverhandlungen im Municipalrathes noch unter französischer Herrschaft, und der bekannnten Unterredung des Feldmarschalls v. Moltke mit dem als Maire von Straßburg fungirenden Adjunkten Klein vom Mai 1871 — bis zu dem neuerlich bekannt gewordenen Vertrage zwischen der Stadt und dem Reich im vorigen Jahre in beiden Sprachen veröffentlicht und es so Jedem ermöglicht hat, der sich für diese Frage interessirt, sich vollständig und nach jeder Richtung darüber zu orientiren.

Es hieße nun Eulen nach Athen tragen, die Nützlichkeit und Noth-

wendigkeit der Stadterweiterung Straßburgs nochmals an der Hand jener Aktenstücke an diesem Orte nachweisen zu wollen. Ebenso wenig können die Details für die Leser der „Grenzboten“, trotz allem Interesse, das sie Nachrichten aus dem Elsaß entgegen bringen mögen, von einiger Bedeutung sein, da es sich ja dabei doch wesentlich um eine Straßburger Localfrage handelt. Es genüge, darauf hinzuweisen, daß sich hier zu Lande, außer jener Hand voll spießbürgerlicher Philister, Alles d. h. Schwob' und Elsässer, schon seit Langem mit jener Maßregel mit Freuden einverstanden erklärt hat, daß die Verlegung der Stadtumwallung unter allen Umständen und selbst unter den lästigsten Bedingungen der aufstrebenden Handelsstadt nur von Nutzen sein kann und daß die Stadt dabei immer noch unzweifelhaft ein gutes Geschäft machen wird, daß endlich, um nach einem andern auch hier einschlagenden Gesichtspunkte ein Nabellegendes zum Vergleich heranzuziehen, die bevölkerteste Stadt Badens nach der neuesten Statistik, Mannheim, trotz zweimaliger Zerstörung und Wermüstung in den ältern Franzosenkriegen heute schon wieder eine Einwohnerzahl von 50,000 Seelen aufweist. —

Aus dem Oberelsaß kann ich diesmal von einer bedeutungsvollen Kundgebung berichten. Es ist dies eine Petition, welche der Baron v. Klöcker zu Colmar zu Gunsten Derjenigen elsässischen Dptanten, die, in Folge jener Operation gezwungen, ihr Domizil nach Frankreich zu verlegen, gerne in ihre alte Heimath wieder zurückkehren, dabei aber ihre einmal erworbene Nationalität als Franzosen behalten möchten, in Berlin an maßgebender Stelle überreicht hat. In den Erwägungsgründen dieses zuerst in französischer Sprache im Industriel alsac. veröffentlichten und für die augenblickliche Situation und Stimmung äußerst bezeichnenden Schriftstücks heißt es u. A.: „J. E. daß ihre (der betr. Dptanten) Nationalität heute, nach der factischen Verlegung ihres Domizils während einer Dauer von über drei Jahren, hinlänglich festgestellt sein dürfte, wäre es nicht weniger gerecht, als den Interessen des Landes entsprechend, von nun an den durch die Option wieder französisch gewordenen Elsässern und Lothringern jedesmal, falls nichts gegen ihre Persönlichkeit einzuwenden, oder von ihrer Anwesenheit zu fürchten ist, gegenseitig dieselben Rechte zu bewilligen, deren sich die deutschen Unterthanen erfreuen, die ihren Wohnsitz in Frankreich haben, und ihnen nicht die Naturalisation als *conditio sine qua non* eines permanenten Aufenthaltes in ihrem Geburtslande aufzuerlegen; — J. E. daß anderseits unter den Dptanten unzweifelhaft auch solche sich befinden, deren Rückkehr nichts weniger als erwünscht wäre, und daß es sich wohlverstanden nicht darum handelt, verdächtige Elemente wieder einzuführen, sondern einzig und allein, darum, das zur ausschließlichen Regel zu erheben, was heutzutage eine Ausnahme ist u. . . .“

Der Tenor dieser Bittschrift lautet demgemäß: „Es möge beschlossen werden, daß künftighin nach Einholung des Gutachtens des zuständigen Municipalrathes und wenn kein schwerer Verdacht oder feindselige Handlungen vorliegen, sich unbehelligt als „Ausländer“ in Elsaß-Lothringen und zwar fortwährend aufhalten dürfen: 1) Jeder Dptant, der in Anbetracht seines Alters nicht mehr dienstpflchtig ist; 2) Alle Andern, welche, sei es durch eigene Option, sei es durch die ihres gesetzlichen Vertreters, die elsäß-lothringische Landesangehörigkeit verloren haben und die, obgleich sie noch im dienstpflchtigen Alter stehen, im Falle die entsprechende Klasse in Elsaß-Lothringen ausgedient hat, und wenn sie selbst, nachdem sie in Frankreich von den Controllisten der activen Armee gestrichen sind, nur unter denselben Bedingungen,

wie die im Auslande befindlichen deutschen Reservisten wieder einberufen werden können.“

Der „Industr.“ veröffentlicht diese Petition, „in der Hoffnung, daß dieser Schritt, welcher den Erfordernissen der Lage völlig entspreche, von Erfolg gekrönt sein werde“. Ohne Prophet zu sein, kann man doch leicht das voraussichtliche Schicksal dieser und ähnlicher vom deutschen Standpunkte zur Zeit geradezu unmöglicher Petitionen voraussehen. Zum Allermindesten kommt dieselbe m. E. verfrüht. Eine Regierung, die noch immer Mühe genug hat, sich in dem wieder erworbenen Lande wohlthätig einzurichten und der diese Etablierung noch von den Landeseingewessenen selbst bei manchen Gelegenheiten sauer und schwer genug gemacht wird, würde nachgerade thöricht sein, sich mit der Zulassung fremder, specifisch französischer Elemente in einem von dem Weh und Leid der Annexion noch lange nicht ganz geheilten Lande eine neue Zuchtruthe aufzubinden, deren sie sich, allerdings etwas schroff und kategorisch, glücklich entledigt hat. Auch abgesehen davon, daß man diesen Leuten vielleicht nicht das geringste in politischer Beziehung nachsagen könnte, daß sie die denkbar größte Garantie der absolutesten Ordnung und Ruhe der Regierung und ihren Maßregeln gegenüber bieten würden, so dürfte ja doch erfahrungsmäßig die bloße Gegenwart derartiger französisch-elsässischer Elemente für die zurückgebliebenen Nichtoptanten immerfort ein Stein des Anstoßes, eine dauernde Ursache der Unzufriedenheit sein und bleiben. Man vergißt eben auf dem jenseitigen Standpunkte, daß das Reichsland selbst in seiner Gesamtheit einstweilen der Regierung noch nicht genügende, wenigstens noch nicht durch drohende Gefahr erprobte Sicherheit bietet, um demselben schon jetzt einen so weitreichenden und in seinen Folgen nicht überschaubaren Act politischer Liberalität ohne sichern Rückhalt an dem Geiste der Bevölkerung selbst gewähren zu können. Man berücksichtigt andererseits auch viel zu wenig, daß die sog. „Option“, so günstig und volksthümlich sich diese Maßregel auch im Anfang und oberflächlich betrachtet, ausnehmen mochte, denn doch im Grunde genommen nichts weiter war, als ein privilegium odiosum für Diejenigen, die sich desselben bedienten. Jetzt haben sie das Nachsehen. Und die deutsche Regierung hat ganz Recht, wenn sie ihnen heute entgegenhält: ihr hättet euch den mit so vieler Ostentation in Scene gesetzten Act vorerst gründlich überlegen und über die Tragweite desselben genügende Belehrung verschaffen sollen, ehe ihr die Schiffe hinter euch verbranntet. Andererseits machen die Elsässer es der Verwaltung heutzutage zum Vorwurf, daß dieselbe sie über die folgenschwere Bedeutung dieses Schrittes nicht genügend aufgeklärt oder doch nicht genug Gelegenheit geboten habe, sich Aufklärung und Belehrung zu verschaffen. Zum Theil mag diese Klage berechtigt und die ganze an sich wohlwollende Absicht der Regierung in diesem Punkte an der Ungeschicklichkeit der unteren Beamten, die bei dieser Gelegenheit fast durchschnittlich allein in directe Beziehungen zu dem Publikum kamen, gescheitert sein. Wo dagegen seitens dieser Organe im kritischen Momente dem Publikum gegenüber gleichfalls eine wohlmeinende, belehrende Haltung angenommen und seitens des letztern volles Vertrauen in die Persönlichkeit und die Rathschläge des Beamten gesetzt werden konnte, da ist heutzutage Klage und Leid geringer und seltner und die Leute haben in den betr. Bezirken wenig zu bereuen.

u.